



Bauern brauchen praxistaugliche Regeln und Ende der Gängelei

Aktuelle Situation

- Eine anhaltende Kontroverse über Tierhaltung und Landbewirtschaftung sowie immer neue Auflagen, deren Taktung und Tiefe, erdrücken die Bauernfamilien im Moment förmlich.
- Die Stimmung auf den bayerischen Bauernhöfen ist deshalb am Boden. Sie fühlen sich von der Politik allein gelassen.
- Das zeigen auch die Zahlen aus dem neuen Konjunkturbarometer des Deutschen Bauernverbandes: Laut der repräsentativen Umfrage hat sich die Stimmungslage der Betriebe noch einmal deutlich verschlechtert. Er ist von 20,4 Punkten im Juni auf 10,5 Punkte im September gefallen.
- Es muss deshalb Schluss sein mit der ständigen Gängelei der Bauern, mit ständig neuen Auflagen und zusätzlicher Bürokratie. Der Bauernverband setzt sich mit seiner politischen Arbeit für praxistaugliche Regeln (z. B. bei Tierhaltung oder Düngung) ein.
- Die Aktionen unter dem Motto „Land schafft Verbindung“ und das Engagement von zahlreichen Bäuerinnen und Bauern – darunter viele Mitglieder und Ehrenamtliche des Bauernverbandes – ergänzt und unterstützt die politische Arbeit des Verbandes, um praxistaugliche Rahmenbedingungen zu erreichen und eine erfolgreiche Zukunft der heimischen Land- und Forstwirtschaft zu ermöglichen.
- Gleichzeitig respektiert der Bauernverband das Anliegen der Organisatoren und Veranstalter, wonach die Aktionen unabhängig von Parteien, Verbänden und Organisationen organisiert und stattfinden sollen.

Forderungen an die Bayerische Staatsregierung und an die Bundesregierung:

Anliegen und 5-Punkte-Plan für bayerische Bauern

1. **Düngeverordnung:** In „Roten Gebieten“ muss der Erhalt der Ausbringung von Wirtschaftsdünger wie Gülle vor allem bei Zwischenfrüchten nach der Ernte der Hauptfrucht erhalten bleiben. Außerdem ist weiterhin eine gesonderte Betrachtung bei Grünland nötig!
2. Agrarpaket der Bundesregierung, vor allem **Aktionsprogramm Insektenschutz:** Statt neuen gesetzlichen Einschränkungen insbesondere bei Pflanzenschutz, Düngung und Gewässerrandstreifen muss „Freiwilligkeit und Kooperation“ Vorrang haben!
3. **Umsatzsteuerpauschalierung** und **§ 13a Einkommenssteuergesetz** muss erhalten bleiben! Zudem muss im Jahressteuergesetz 2019 die von CDU/CSU und SPD **zugesicherte vollumfängliche Kompensation** für den Wegfall des § 51 a Bewertungsgesetz Ende 2024 im Rahmen der Grundsteuerreform auf den Weg gebracht werden.
4. **Moratorium bei Auflagen:** Die Unionsparteien muss mit einem Auflagenstopp ein klares Signal an Wirtschaft und an Gesellschaft senden!
5. **Planungssicherheit bei der EU-Agrarpolitik über 2020 hinaus:** Die Unterstützung durch die Direktzahlungen und Finanzierung der 2. Säule der Agrarpolitik müssen auch für die Förderperiode bis 2027 gewährleistet werden! Die Vorschläge für eine Umschichtung der Direktzahlungen in die 2. Säule hätten schmerzhaft Kürzungen bei den Einkommen für Landwirte zur Folge. Das lehnt der Bauernverband ab!